

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

ZEITUNG FÜR TRIER, SCHWEICH, TRIERER LAND



NEUE CHEFIN FÜR DIE TUF

Jana Schröder übernimmt Leitung des Trierer Kulturzentrums. Seite 23

SO BESIENGEN SIE DEN SCHWEINEHUND

Die TV-Serie „Echt fit!“ zeigt, wie Sie sportlich in den Frühling starten können. Seite 17



ÜBERBLICK

Die letzten Funklöcher in der Region

MAINZ/TRIER (red) Die Landesregierung möchte in Rheinland-Pfalz in elf Regionen die Handynetze ausbauen. Auch einige Orte in der Region Trier sind dabei. Welche? Lesen Sie Seite 3

Die Stadt Trier im Wandel der Zeit

TRIER (red) Ein Bild erzählt Geschichte: Ende der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts ist das Oberzentrum Trier mächtig gewachsen. Und bis 1968 wächst die Stadt dann um weitere 40 Hektar, die „Gartenstadt“ Mariahof kommt dazu. Seite 14

Vorsicht: Heimliche Sturmschäden

TRIER (red) Die stürmische Winterwoche hat viel angerichtet: umgestürzte Bäume, abgedeckte Dächer. Doch nicht immer sind die Schäden so offensichtlich. Wo Sie genau hinschauen sollten, lesen Sie auf Seite 8

ZITAT

„Ich halte es für falsch, die Isolation für Infizierete aufzugeben, wie es Großbritannien plant. Wer sich infiziert hat, muss sich isolieren, bis er nicht mehr infektiös ist, das sind bei Covid-19 mindestens fünf Tage.“

Elke Bruns-Philipps
Die Vize-Chefin des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst.

WETTER



Seite 28

RUBRIKEN

GELD UND MARKT SEITE 6	
FERNSEHEN SEITE 24	
HÄGAR SEITE 21	
SUDOKU SEITE 21	
FREIZEIT SEITE 22	
FÜR KINDER SEITE 21, 22	

KONTAKT

Anzeigen 0651/7199-999
Abo 0651/7199-998
Leserservice 0651/7199-0

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de
www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Einzelpreis 2,10 €, NR. 45



Protest vor der russischen Botschaft in Kiew. Diese jungen Ukrainer fürchten sich vor Putins Plänen. FOTO: AP

Russlands Einmarsch und westliche Sanktionen: Was bedeutet das für uns?

Kanzler stoppt Gas-Pipeline. Eifeler CDU-Politiker fordert Einreiseverbot für Oligarchen.

VON BERND WIENTJES

TRIER/BERLIN Deutschland stoppt das Genehmigungsverfahren für die Gas-Pipeline Nord Stream 2. Die Europäische Union bringt harte Strafen gegen Russland auf den Weg, Großbritannien verhängt Sanktionen gegen russische Geschäftsleute und Banken. Die Reaktionen auf die einseitige Anerkennung Russlands der ostukrainischen Separatistengebiete und dem Einmarsch von russischen Truppen sind unmissverständlich: Der Westen will den russischen Präsidenten Wladimir Putin abstrafen. Das Oberhaus des russischen Parlaments stimmte am Dienstagmittag einem Truppeneinsatz in der Ostukraine zu. Russland hat nach westlichen Angaben etwa 150.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte am Abend vor einem „groß angelegten

Angriff“ Russlands auf die Ukraine. „Putin sucht die Konfrontation statt das Gespräch“, sagte Katarina Barley (SPD), Vize-Präsidentin des Europaparlaments, unserer Redaktion. Der Stopp von Nord Stream 2 zeige die Entschlossenheit der Bundesregierung und sei auch ein klares Signal an den Westen: „Deutschland steht an der Seite seiner Bündnispartner und der Ukraine gegen die russische Aggression.“

Putin habe eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen, sagt die Trierer Jura-Professorin Birgit Peters. „Auch wenn in den Teilregionen vornehmlich russisch-stämmige Bevölkerung ansässig ist, welche vielleicht eine Abtrennung von der Ukraine wünscht, handelt es sich doch um Staatsgebiet der Ukraine“, so die Völkerrechtsexpertin.

Ähnlich sieht das Elisabeth Rossa, Jura-Dozentin an der Uni Trier. Bereits mit der Anerkennung der Separatis-

tengebiete habe Russland die Souveränität der Ukraine verletzt. Damit habe das Land das Recht zur Selbstverteidigung, sagt David Sirakov, Direktor der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz. „Sollte die Ukraine davon Gebrauch machen, gehe ich davon aus, dass Putin genau auf diese Reaktion wartet, um sie als Vorwand für eine militärische Operation in Richtung Kiew zu verwenden“, sagte er unserer Redaktion. Der Experte geht nicht davon aus, dass die Nato militärisch in den Konflikt eingreifen werde, da die Ukraine kein Nato-Mitglied ist und damit ein Angriff nicht als Bündnisfall gewertet werden könne.

Daher bleibe dem Westen nur der „gezielte Einsatz von Sanktionen, um insbesondere Putin und die ihn stützenden Akteure und Strukturen zu treffen“, sagte Sirakov.

Wie solche Sanktionen aussehen könnten, formulierte der Eifeler CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick

Schnieder, der auch Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion ist. Er fordert ein Einreise-Verbot in die EU für das gesamte persönliche Umfeld von Wladimir Putin, seine engen politischen und wirtschaftlichen Kontakte, insbesondere deren Familien. Putin werde von einem Netzwerk einflussreicher Oligarchen und Geheimdienstler an der Macht gehalten, so Schnieder.

Unterdessen bekommen auch die Verbraucher die Auswirkungen der Eskalation der Ukraine-Krise zu spüren. Der ohnehin hohe Ölpreis ist gestern drastisch gestiegen. 100 Liter Heizöl kosten derzeit in der Region knapp 100 Euro, am Tag zuvor lag der Preis noch bei rund 95 Euro. Auch an der Zapfsäule macht sich die Krise bemerkbar. Der Liter Super kostete am Dienstag in Trier zwischen 1,85 und 1,91 Euro.

Themen des Tages Seiten 2,3
Kommentar Seite 4

Bis zu 550 Euro Corona-Bonus für Pfleger

Landespflegekammer spricht von „Trostpflaster“. Prämie soll ab Sommer ausgezahlt werden.

BERLIN (KNA/wie) Vollzeitkräfte in der Altenpflege sollen einen Corona-Bonus von bis zu 550 Euro bekommen. Das geht aus dem Eckpunktepapier des Gesundheitsministeriums für die Umsetzung des Pflegebonus in Krankenhäusern und in der Langzeitpflege hervor, das den Zeitungen der Funke Mediengruppe vorliegt. Die Gesamtsumme von einer Milliarde Euro soll jeweils zur Hälfte für Pflegekräfte in Kliniken und in Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz reagierte empört auf die Pläne. „Von der großen Ankündigung der Ampel bleibt nicht viel übrig.“

Ähnlich sieht das auch der Präsident der Pflegekammer Rheinland-Pfalz, Markus Mai. „Die Corona-Prämie kann lediglich als Trostpflaster für Pflegefachpersonen gesehen werden“, sagte er am Dienstag, Mai

kritisiert, dass eine Milliarde Euro nicht ausreichen werde. „Eine Verdopplung wäre das Mindestmaß“, so der Kammer-Chef, der seine Forderung nach einem Mindest-Einstiegsgehalt für Pflegefachkräfte von 4000 Euro wiederholte.

Laut Bundesgesundheitsministerium soll die Prämie an Pflegekräfte gezahlt werden, „die während der Pandemie eine herausragende Leistung erbracht haben.“ Dies seien beispielsweise Pflegekräfte, die durch die Behandlung von Covid-Patienten besonders belastet gewesen seien, etwa durch erhöhte Hygienemaßnahmen, ein erhöhtes Infektionsrisiko oder einen erhöhten Betreuungsaufwand von Infizierten.

Der Pflegebonus in der Altenpflege soll laut Eckpunkte-Papier ab dem 30. Juni, spätestens bis zum 31. Dezember 2022 von den Arbeitge-

bern ausgezahlt werden. Profitieren sollen Beschäftigte von Pflegediensten und Pflegeheimen, die zwischen dem 1. November 2020 und dem 30. Juni 2022 für mindestens drei Monate in der Altenpflege tätig waren und am 30. Juni 2022 noch beschäftigt sind.

Der Bonus soll gestaffelt ausgezahlt werden: Den höchsten Betrag von bis zu 550 Euro bekommen demnach Vollzeitbeschäftigte in der direkten Pflege und Betreuung. Bis zu 370 Euro soll es für Personal geben, das mindestens 25 Prozent der Arbeitszeit in der direkten Pflege und Betreuung mitarbeitet. Dies könnten etwa Beschäftigte aus der Verwaltung, der Haustechnik, der Küche, der Gebäudereinigung, des Empfangs- und des Sicherheitsdienstes, der Wäscherei oder der Logistik sein. Bis zu 330 Euro sollen Auszubildende in der Altenpflege

bekommen, bis zu 190 Euro sonstige Beschäftigte und bis zu 60 Euro Helfer im Freiwilligendienst. Den Pflege-Arbeitgebern soll der Bonus über die Pflegeversicherung erstattet werden.

Die 500 Millionen Euro für die Kliniken sollen an Krankenhäuser gehen, die im Jahr 2021 mehr als zehn Covid-Beatmungsfälle behandelt haben. Laut Eckpunktepapier würden auf diese Weise 837 Krankenhäuser, die rund 95 Prozent aller Corona-Patienten versorgen, von der Bonuszahlung profitieren. Die Prämien sollen sich in erster Linie an Beschäftigte in der Pflege am Bett richten. Laut dem Papier würden so rund 280.000 Pflegerinnen und Pfleger Geld bekommen. Pflegekräfte im Bereich der Intensivpflege sollen „einen höheren Bonus erhalten als Pflegekräfte in anderen Bereichen“.

Themen des Tages Seite 7

Gastroverband: Kein Rauswurf, dafür neuer Ärger

TRIER (sey) Rauchen der Präsident des rheinland-pfälzischen Gastroverbands Dehoga und Mosel-Hotelier Matthias Ganter nach dem einst deftigen Knatsch jetzt die Friedenspeife? Könnte man meinen, wenn man die jüngste Dehoga-Pressemitteilung liest. Darin ist die Rede davon, dass der Verband im Rechtsstreit um den geplanten Rauswurf von Ganter die Berufung zurückgenommen habe. Was wie ein Gnadenakt klingt, ist wohl nur die halbe Wahrheit. Denn wie aus unserer Redaktion vorliegenden Unterlagen hervorgeht, hätte das Koblenzer Gericht bei einer notwendigen Entscheidung wohl dem Hotelier von der Mosel recht gegeben. Matthias Ganter freut sich über den Wink des Gerichts und ist mal wieder sauer auf Dehoga-Chef Haumann.

Themen des Tages Seite 5

Bistum Trier: 1,4 Millionen für Opfer

TRIER (sey) Das Bistum hat in den zurückliegenden zwölf Jahren insgesamt 1,42 Millionen Euro Entschädigung an Missbrauchsoffer gezahlt. Dabei bekamen 45 Betroffene zwei Mal Geld, wie eine Sprecherin des Bistums auf Anfrage unserer Redaktion bestätigte. Der durchschnittliche Entschädigungsbetrag für die Opfer lag im vergangenen Jahr bei gut 16.000 Euro. Vier von fünf Betroffenen waren Männer. Die Betroffeneninitiative Missbit kritisiert die Opferentschädigung als wenig transparent und nicht ausreichend.

Themen des Tages Seite 5

Pandemie - und was kommt dann?

BERLIN (dpa) Die Omikron-Welle gilt nun auch in Deutschland vorerst als gebrochen. Eine flächendeckende Überlastung des Gesundheitssystems scheint nicht mehr zu befürchten. Bund und Länder einigten sich zuletzt auf weitreichende Lockerungen in den nächsten Wochen. Die Pandemie, so heißt es, geht in eine „neue Phase“. Doch was heißt das? Aus der Wissenschaft mehren sich mahnende Stimmen: Der weitere Verlauf bleibe eine Rechnung mit vielen Unbekannten.

Themen des Tages Seite 7

EU plant strenges Lieferkettengesetz

BRÜSSEL (dpa) Größere Unternehmen in der EU sollen künftig bei Umwelt- und Menschenrechtsverstößen ihrer Lieferanten stärker in die Pflicht genommen werden. Wie aus einem Gesetzesentwurf der EU-Kommission hervorgeht, soll ein EU-weites Lieferkettengesetz künftig auf Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten angewendet werden können. Für Unternehmen aus Branchen, bei denen ein größeres Risiko für Verstöße gegen Umwelt- und Menschenrechtsstandards besteht, soll die Regelung bereits ab 250 Arbeitskräften angewendet werden können.

Geld und Markt Seite 6